

Danke, spasibo, thank you und merci!

Vor 70 Jahren siegte die Anti-Hitler-Koalition über Nazi-Deutschland.

Ein nd-Spezial zum Tag der Befreiung am 8. Mai. **Seiten 17 bis 32**

Fotos: AFP/Ria Novosti, William E. Poulson, Central Zionist Archives

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Sonnabend/Sonntag, 2./3. Mai 2015

70. Jahrgang/Nr. 101

Bundesausgabe 2,00 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Streiken gegen den Schwund

Fabian Lambeck über die Kritik des GDL-Chefs am DGB

Der 1. Mai ist längst nicht mehr nur der Kampftag der Arbeiterklasse, sondern dient den deutschen Gewerkschaften als Selbstvergewisserung. Sie sind die Interessensvertreter von mehr als sechs Millionen Mitgliedern. Noch, muss man da anfügen. Die Gewerkschaften leiden unter einem massiven Mitgliederschwund, der sich in letzter Zeit zwar etwas verlangsamt hat, aber kaum zu stoppen scheint. Seit 2003 mussten die im DGB organisierten Gewerkschaften mehr als eine Million Menschen aus ihren Karteien streichen.

Insofern scheint die Ermahnung von GDL-Chef Claus Weselsky, man solle sich beim DGB doch darauf konzentrieren, neue Mitglieder zu gewinnen, mehr als berechtigt. Vielleicht hat es sich der eine oder andere Vorsitzende tatsächlich »im System bequem« gemacht, wie Weselsky meint. Viel zu lange hat man beim DGB Lohnzurückhaltung geübt und ist dem neoliberalen Umbau der Republik nicht entschlossen genug entgegengetreten, auch weil er von einem SPD-Kanzler exekutiert wurde. Man wollte ein guter Sozialpartner sein und akzeptierte auch niedrige Tarifabschlüsse. Enttäuscht wendeten sich da viele Mitglieder ab. Insofern ist die entschlossene Tarifpolitik, die viele Gewerkschaften derzeit verfolgen, auch ein probates Mittel gegen den Exodus. Streiken gegen den Mitgliederschwund.

Wie man allerdings jene Millionen erreichen will, die in der digitalen Ökonomie sich selbst und andere ausbeuten, steht auf einem ganz anderen Blatt.

UNTEN LINKS

Das defensive Mittelfeld ist, anders als ein Sturmgewehr, nicht zur **Treffsicherheit** verpflichtet. Außer im Elfmeter-Schießen. Dass Lahm und Alonso in den entscheidenden Minuten des DFB-Pokal-Halbfinals keine bessere Figur machten als ein G36 bei außerplanmäßigen Temperaturen, sollte Verteidigungsminister Pep Guardiola zu denken geben. Denken könnte er zum Beispiel an seine Kollegen Oberursel von der Leyen. Konsequenz zu Ende gedacht, würde Ursula Guardiola verkünden, dass Philipp und Xabi bei den Bayern »keine Zukunft haben« -, um sie sodann mit einer brandneuen Zieloptik auszustatten. Aber, ach: So einen Ausrüster würde sich ein vorbildlich gekleideter Profi wie Pep von der Leyen wohl nie leisten.

Der Verfasser ist sich nicht sicher, ob er mit seinem Vergleich einen Treffer bei Ihnen landen konnte. Nur, dass er auf jedwedes Sturmgewehr gerne pfeift, während er unglückliche Elfmeterschützen nicht missen möchte, das weiß er bestimmt. *mha*



Istanbul

Foto: AFP/Bulent Kilic



Athen

Foto: AFP/Panayiotis Tzaamoras



Hannover

Foto: dpa/Peter Steffen

Kundus-Opfer ohne Entschädigung

Kölner Gericht bestätigte Vorinstanz-Urteil – Ex-Bundeswehr-Region im Zentrum der Taliban-Offensive

Das Oberlandesgericht Köln hat eine Schadenersatzklage von Angehörigen der beim Kundus-Luftangriff im September 2009 Getöteten abgewiesen.

Von René Heilig

Das nächtliche Bombardement am 4. September 2009 hatte der damalige Bundeswehroberst – heute General – Georg Klein als Kommandeur des nordafghanischen Stützpunktes Kundus befohlen. Aufständische hatten damals zwei Tanklaster gekapert, die sich aber im Kundus-Fluss festgefahren hatten. Bei dem Angriff waren nahezu 140 Menschen – in der Mehrzahl Zivilisten – umgekommen.

Klein sei keine schuldhafte Verletzung von Amtspflichten vorzu-

werfen, befanden die Richter am Donnerstag. Er habe vor Erteilung des Angriffsbefehls alle möglichen Aufklärungsmaßnahmen genutzt und nicht erkennen können, dass sich Zivilpersonen bei den Tanklastern befanden. Das Kölner OLG bestätigte damit ein Urteil des Bonner Landgerichts.

Diese Sichtweise ist höchst umstritten, zumal die Rolle des Auslandsgeheimdienstes BND, der gemeinsam mit einer Bundeswehrspezialtruppe und einem einheimischen Informanten bei dieser Aufklärung beteiligt war, weitgehend im Dunkeln geblieben ist.

Geklagt hatten ein afghanischer Vater, dessen zwei Söhne getötet wurden, sowie eine Witwe und Mutter von sechs Kindern, die durch die Bombardierung ihren

Mann, den Ernährer der Familie, verloren hatte.

Obwohl selbst der damalige US-Oberbefehlshaber der ISAF-Truppen unmittelbar nach dem Angriff

»...nicht schuldhaft gegen Normen des Völkerrechtes ... verstößen.«

OLG Köln zum Befehl von Oberst Georg Klein

dessen Rechtmäßigkeit bezweifelt hatte, wurde Klein in Deutschland nie strafrechtlich verfolgt. Der Generalbundesanwalt stufte den Einsatz in Afghanistan als Teilnahme an einem bewaffneten Konflikt ein.

Auch das Kölner Gericht sah die Tanklaster als legitimes militärisches Ziel an.

In Afghanistan war zum Jahreswechsel der NATO-geführte ISAF-Kampfeinsatz nach 13 Jahren zu Ende gegangen. Am Folgeinsatz zur Ausbildung und Beratung der afghanischen Truppen sind 12 000 Soldaten, vor allem aus den USA, sowie bis zu 850 Bundeswehrsoldaten beteiligt.

Das Gebiet um Kundus scheint derzeit ein wichtiger Schauplatz der von den Taliban angekündigte Frühjahrsoffensive zu sein. Wie US-Medien berichten, sei ein Bataillon der Kabuler Sicherheitskräfte eingeschlossen worden. Die US-Streitkräfte hätten versucht, die Verbündeten durch den Einsatz von Kampfflügen zu entlasten.

Feiern und Kämpfe

Proteste zum 1. Mai
Nazi-Angriff in Weimar

Berlin. Die Lokführergewerkschaft GDL gab sich zum 1. Mai außerordentlich kämpferisch. Nachdem sie am Donnerstag ein neues Tarifangebot der Bahn platzen ließ, steht jetzt ein weiterer Arbeitskampf in Aussicht: »Nun denn – diesmal wird es richtig lang«, hieß es in einer Stellungnahme. Sieben Mal legte die Gewerkschaft bereits den Schienenverkehr lahm, jetzt stellt sie einen langen Streik in Aussicht. Claus Weselsky, der Anführer der GDL, nutzte den »Tag der Arbeit« auch für einen Generalangriff auf die »Bosse« anderer Gewerkschaften. Bequem eingerichtet hätten sie es sich in dem bestehenden System. Dabei würden sie aber ihren »Hauptjob« vernachlässigen, nämlich sich für Arbeitnehmerinteressen einzusetzen. »Der Fisch stinkt vom Kopf«, sagte er und beklagte einen schleichenden Einflussverlust der Gewerkschaften.

Auf der Straße zeigten Gewerkschafter am »Tag der Arbeit« dagegen allortigen Präsenz. Mehr als 402 000 Menschen forderten auf 470 Veranstaltungen eine gerechtere Arbeitswelt, wie der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) mitteilte. Einen Zwischenfall gab es in Weimar, als Neonazis eine Kundgebung stürmten. Bei einem Gerangel habe es mehrere Verletzte gegeben, erklärte die Polizei.

In Berlin-Kreuzberg fand am Abend die revolutionäre 1.-Mai-Demonstration statt, zu der viele Tausend Teilnehmer erwartet wurden. Die Veranstalter wollten auch für eine humanitäre Flüchtlingspolitik auf die Straße gehen. Es sollte ein Zeichen gegen die »Festung Europa« gesetzt werden, hieß es.

In Griechenland haben indes Seeleute und Bahn-Gewerkschafter den »Tag der Arbeit« mit Streiks begangen. Aus Piräus lief am Morgen keine Fähre aus. Auch Züge fahren nicht. In Athen ließen die Busfahrer für drei Stunden ihre Arbeit ruhen. Im Stadtzentrum forderten rund 5000 Menschen zu Mittagszeit Arbeitsplätze – rund 26 Prozent der Erwerbstätigen haben in Griechenland keinen Job.

Mit einem martialischen Aufgebot hat die Polizei in Istanbul eine Gewerkschaftsdemonstration aufgelöst. Einsatzkräfte setzten im Stadtteil Besiktas Wasserwerfer und Tränengas ein, nachdem 1500 Menschen friedlich demonstriert hatten. Die Organisatoren hatten erfolglos mit der Polizei darüber verhandelt, ob sie zum abgeriegelten Taksim-Platz marschieren dürfen. *nd* **Seiten 4 und 13**

Nach Bombenfund sucht Polizei nach Mittätern

Womöglich islamistischer Anschlag auf Radrennen in Hessen verhindert

Oberursel. Die hessischen Sicherheitsbehörden haben womöglich im letzten Moment einen islamistischen Terroranschlag vereitelt. Im Fokus soll ein Radrennen gestanden haben, zu dem am 1. Mai Zehntausende Zuschauer erwartet wurden. In der Nacht zum Donnerstag nahm ein Spezialeinsatzkommando in Oberursel im Taunus ein Ehepaar fest. Bei der Durchsuchung der Wohnung fanden die Ermittler im Keller eine funktionsfähige Rohrbombe, 100 Schuss scharfer Munition, Teile eines Sturmgewehrs G3 und eine Übungsgranate für eine Panzerfaust.

Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU) sprach von einem salafistischen Hintergrund des Paares. Das geplante Radrennen »Rund um den Finanzplatz Frankfurt-Eschborn« wurde aus Sicherheitsgründen trotz Festnahme abgesagt: Die Ermittler konnten nicht ausschließen, dass das Duo Komplizen hat. Das Landeskriminalamt (LKA) sah deshalb die Gefahr eines Anschlags am Freitag noch nicht gebannt. Beamte durchkämmten den Wald an der Strecke des abgesagten Radrennens – auch um sicherzugehen, dass dort keine Bomben deponiert wurden. Bis Freitagmittag fanden sie nichts.

Der beschuldigte Mann sei in den vergangenen Tagen auf Parkplätzen und im Wald entlang der Rennstrecke von Oberursel auf den Feldberg beobachtet worden, sagte der Leiter der Frankfurter Staatsanwaltschaft, Albrecht Schreiber. Deshalb habe sich die Polizei zum Zugriff entschlossen. Zwar sei ein geplantes Anschlagziel weiterhin nicht bekannt. »Allerdings gab es deutliche Überschneidungen von Streckenverlauf des Radrennens und Bewegungsprofil der festgenommenen Personen«, so das LKA. *dpa/nd*

Keine Einigung zu Friedenstruppe

Kreml: Militärmission für Ostukraine hängt an Erfüllung von Minsk II

Moskau. Russland hat Diskussionen über die Entsendung von Friedenstruppen in die umkämpfte Ostukraine als verfrüht zurückgewiesen. Zunächst müsse das Friedensabkommen von Minsk (Minsk II vom 12. Februar) vollständig umgesetzt werden, sagte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow am Freitag russischen Nachrichtenagenturen. Er widersprach damit Angaben der ukrainischen Regierung, die nach einer Telefonkonferenz erklärt hatte, Moskau habe einer Militärmission zur Sicherung der Waffenruhe in der Ostukraine zugestimmt.

Solange nicht alle Vereinbarungen von Minsk II erfüllt seien, wäre es »absolut falsch, andere Themen einschließlich der Frage nach Friedenstruppen aufzubringen«, betonte Peskow. Ohnehin könne Moskau darüber nicht entscheiden, da Russland keine Konfliktpartei sei. Der Kreml stehe der Idee zwar offen gegenüber, es liege aber an den prorussischen Rebellen und der Regierung in Kiew, sich in dieser Frage zu einigen, sagte Peskow. Russlands Präsident Wladimir Putin habe den Vorschlag zur Einrichtung einer Friedensmission im Donbass akzeptiert, hatte das Büro des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko nach einer Telefonkonferenz der beiden Staatsoberhäupter mit Frankreichs Präsident François Hollande und Bundeskanzlerin Angela Merkel mitgeteilt.

Auch Merkels Sprecher Steffen Seibert sagte nach dem Telefonat lediglich, die Gesprächspartner seien sich einig gewesen über die »Notwendigkeit, die weiterhin brüchige Waffenruhe in der Ostukraine zu stabilisieren sowie den Abzug schwerer Waffen fortzusetzen«. Dazu solle eine Demilitarisierung von Schirokin erfolgen. Das Dorf nahe der Hafenstadt Mariupol liegt genau auf der Frontlinie in der Ostukraine. *AFP/nd*

